

Die geplanten Koalitionsverhandlungen über eine rot-grün-rote Regierung in Berlin sorgen für heftigen Streit – auch innerhalb von SPD und Grünen. Kanzler Merz poltert: Mit „Linksradikalen“ dürfe es weder Gespräche noch Koalitionen geben. CDU-Generalsekretärin Hoppermann warnt vor einer „extremistischen Partei“ an Berlins Regierungsspitze und unterstellt der Linken fortbestehende „schwere antisemitische Probleme“. Doch wie belastbar sind diese pauschalen Zuschreibungen? Werden hier politische Kampfbegriffe benutzt, um eine unliebsame Partei auszugrenzen? Soll eine neue „Brandmauer nach links“ entstehen? Eine neue Ausgabe der O-Töne. Zusammengestellt von **Valeri Schiller**.

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen

[Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen](#)

„Tagesschau“ am 19. Oktober 2026

„In Berlin rückt ein Bündnis aus Linkspartei, Grünen und SPD näher. Nach den Sondierungsgesprächen am Wochenende wollen Grüner und SPD – die Landesverbände in Berlin – heute darüber entscheiden, ob es wirklich zu offiziellen Koalitionsgesprächen mit den Linken kommt. Doch es gibt auch Kritik aus den eigenen Reihen.“

(Quelle: [Tagesschau](#))

Elif Eralp, Fraktionsvorsitzende Die Linke Berlin, am 18. Oktober 2026

„Wir haben eine gemeinsame Vision für unsere wundervolle Stadt entwickelt. Wir wollen gemeinsam ein bezahlbares, ein klimagerechtes und ein wirtschaftlich starkes Berlin.“

(Quelle: [Tagesschau](#), ab Minute 0:52)

Bundeskanzler Friedrich Merz am 17. Oktober 2026

„Wer die politische Mitte stärken will und wer will, dass die Demokratie in unserem Lande geschützt bleibt, der darf mit solchen Linksradikalen keine Gespräche führen und schon einmal gar nicht in eine Koalition eintreten. Das ist nicht zulässig zum Schutze unserer Demokratie. Das geht nicht. Hört auf damit!“

(Quelle: [Tagesschau](#), ab Minute 4:20)

CDU-Generalsekretärin Franziska Hoppermann am 17. Oktober 2026

„Ich halte das für fatal für Deutschland und vor allen Dingen für die Bundeshauptstadt. Wer Demokratie als dreckig bezeichnet, hat nichts in Verantwortung für unser Land und für ein Bundesland zu suchen. Und die schweren antisemitischen Probleme hat die Linke aus meiner Sicht überhaupt nicht ausgeräumt. (...)“

Weil das natürlich viele unsicher werden lässt, was das jetzt heißt, wenn eine extremistische Partei die Landesregierung in Berlin übernehmen sollte. Das ist kein gutes Signal, sondern besorgt mich sehr.“

(Quelle: [BILD](#), ab Minute 0:11 und ab Minute 1:40)

Franziska Brantner, Parteivorsitzende Bündnis'90/Die Grünen, am 18. Oktober 2026

„Ich finde, es ist nicht zulässig, die Linkspartei mit der AfD gleichzusetzen. Und ja, die Linkspartei in Berlin hat offensichtlich ein Problem mit Antisemitismus, auch zur Nähe zu organisierter Kriminalität. Und deswegen ist es ja auch richtig und wichtig, dass die drei Parteien eine Berliner Erklärung gemeinsam verabschiedet haben, um das auszuschließen. Und die Erwartung ist jetzt natürlich an alle drei, dass es auch entsprechend konsequent umgesetzt werden muss. Ansonsten wird es ja auch keine stabile Regierung werden können.“

(Quelle: [Tagesschau](#), ab Minute 4:45)

Claudio Struck (Bündnis'90/Die Grünen), Berlin Kreisverband Mitte, am 20. Oktober 2026

„Am Ende begeben wir uns auf ein Himmelfahrtskommando mit einer Partei, die aus meiner Sicht unberechenbar ist und ein erhebliches Problem mit Antisemitismus in den eigenen Reihen hat – eine Partei, die Konzerne zum Feindbild erklärt, eine Partei, die ein gestörtes Verhältnis zur inneren und zur äußeren Sicherheit hat.“

(Quelle: [rbb](#), ab Minute 0:39)

Michael Müller, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, am 21. Oktober 2026

„Wir sind jetzt an einem Punkt, dass die Verhandlungsführer von Grünen, SPD und Linken sagen: ‚Wir haben im Moment eine Basis, die es erlaubt, weiter zu sprechen, aber das heißt noch längst nicht, dass es da eine Vertrauensbasis gibt, um auch die nächsten Hürden problemlos zu nehmen. Ich glaube, die Linkspartei, Linksfraktion, ist da in der Bringschuld, eindeutig zu klären, wo sie steht.‘“

(Quelle: [phoenix](#), ab Minute 10:13)

Ulf Poschardt, „freiester Mitarbeiter“ von Axel Springer, am 19. Oktober 2026

„Das sind linke Parteien. Jetzt gibt es eine linke Koalition. Wir werden sehen, was sie daraus machen. Ich fürchte – das Schlimmste. Wir sehen in Frankreich, wie das passiert, was die Integrationsverweigerung ... Auch da hat ja Frau Erlep gesagt, sie will gar nicht, dass die Leute sich integrieren. All das kommt jetzt in der Hauptstadt Berlin zusammen. Und es wird ein einziges Vergnügen, sich anzugucken, wie die damit gegen die Wand fahren und was dann die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen sind. Ich bin keine Cassandra, aber ich bin mir sehr sicher, das wird übel.“

(Quelle: [WELT](#), ab Minute 2:00)

Titelbild O-Töne Nr. 101: Screenshots Tagesschau, BILD, rbb, phoenix, WELT